



**Bettina Hagedorn**  
Mitglied des Deutschen Bundestages

Bettina Hagedorn, MdB · Lübecker Str. 6 23701 Eutin




**Wahlkreis**

Lübecker Str. 6

23701 Eutin

Tel: (04521) 71 611

 (04521) 78 386

 [bettina.hagedorn@wk.bundestag.de](mailto:bettina.hagedorn@wk.bundestag.de)

Eutin, 23.12.2011

### **Gedanken zum Jahreswechsel 2011/2012**




Als ostholsteinische SPD-Bundestagsabgeordnete zieht Bettina Hagedorn am Ende eines arbeitsreichen und turbulenten Jahres Bilanz und blickt zurück auf die sowohl bundespolitisch wie auch für ihren Wahlkreis zwischen Puttgarden und Reinfeld bedeutsamen Ereignisse und Veranstaltungen des Jahres 2011:

„Ein arbeitsreiches, aufregendes und turbulentes Jahr 2011 neigt sich für mich – politisch in Berlin wie in der SPD Schleswig-Holstein - dem Ende zu, und ich freue mich auf ein paar hoffentlich besinnliche Tage „zum Batterie-Aufladen“ im Kreise meiner Familie. Mein schönstes Weihnachtsgeschenk habe ich ohnehin schon vorzeitig am 12. Dezember erhalten: es ist 53 cm groß, 3240 g schwer, heißt Jonah und ist mein 2. Enkelkind, das gesund und munter die Welt erblickt hat – ein echter Kasseedorfer

In Berlin arbeite ich seit 9 Jahren im Haushaltsausschuss und so stand für mich als stellvertretende haushaltspolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion 2011 natürlich ganz im Zeichen der **Euro-Rettung** – die drohenden Abstufungen von Ländern, Banken und selbst des EFSF, umfangreiche Rettungspakete für Europa und die schwindelerregenden Summen, um die es dabei geht, haben nicht nur die Bürgerinnen und Bürger enorm verunsichert, sondern auch uns im Haushaltsausschuss vor ganz außerordentliche Herausforderungen und verantwortungsschwere Entscheidungen gestellt. Die Kanzlerin handelt sich von Gipfel zu Gipfel, bespricht in Brüssel mit Herrn Sarkozy etwas Anderes als das, was in ihrer eigenen Koalition mehrheitsfähig ist, während die FDP zwischen

---

**Platz der Republik 1, 11011 Berlin**

 (030) 227 – 73 832  (030) 227 - 76920  [bettina.hagedorn@bundestag.de](mailto:bettina.hagedorn@bundestag.de)

missglücktem Mitgliederentscheid und Rücktritten strauchelt und die bayrische CSU etwas Anderes befürwortet als die CDU in Berlin. Deutschland nimmt wegen dieses „Hüh und Hott“ seine verantwortliche Rolle in Europa nicht so wahr, wie es in dieser Krise erforderlich wäre – es ist ein Drama! Die Kanzlerin wiederholt zwar gebetsmühlenartig, die Finanz- und Wirtschaftskrise sei angeblich eigentlich eine Krise überschuldeter Staaten – aber das ist nur die halbe Wahrheit! Die allermeisten Staaten in Europa habe ihre extreme Verschuldung erst seit 2008 – also nach der weltweiten „Bankenrettung“ nach dem Fall von Lehmann Brothers in Amerika - in diesem Umfang aufgetürmt und seitdem noch nicht die richtigen, konsequenten Entscheidungen z.B. zur Finanzmarktregulierung und Einführung einer Finanztransaktionssteuer getroffen – auch deshalb nicht, weil die schwarz-gelbe Koalition sich dafür in Europa bewusst NICHT an die Spitze der Bewegung setzt. Das alte FDP-Motto dominiert die Koalition: Der Markt wird es schon richten. Aber nein! Wir Sozialdemokraten wollen, dass die Politik in Deutschland, Europa und weltweit wieder das Heft des Handelns zurückerobert. Dazu haben wir mit unserem Bundesparteitag Anfang Dezember nicht nur von Helmut Schmidt beeindruckende Beiträge gehört. Der **SHZ-Verlag kommentierte am 5. Dezember: „Was Altkanzler Helmut Schmidt gestern bei seinem ersten Auftritt auf einem SPD-Parteitag [...] zu sagen hatte, war endlich das überzeugende Plädoyer für ein einiges und starkes Europa, das man sich vom Bundespräsidenten oder der Kanzlerin gewünscht hätte.“**

Es ist eine internationale Krise vor allem deregulierter Märkte, die sich den Staat zur Beute machen wollen, und damit ist es auch eine Krise neoliberaler Regierungen ... denn schwarz-gelb regiert nicht nur in Kiel und Berlin, sondern auch in 24 von 27 europäischen Staaten, hat deutliche Mehrheiten in der EU-Kommission und im EU-Parlament! Fakt ist: Sparen allein reicht nicht – es muss um dauerhafte Investitionen gehen, die eine langfristige Perspektive bieten, dass die Staaten und ihre Bürger wieder „auf die Füße“ kommen. Und es muss um mutige Regulierungen der Finanzmärkte gehen und um den europaweiten Kampf gegen Steuer- und Lohndumping.

Ich habe 2011 – wie in den 9 Jahren davor - viele Veranstaltungen durchgeführt und dabei auch dieses Thema nicht gescheut - wie zuletzt am 9.12. mit unserer Europa-Abgeordneten **Ulrike Rodust**. Ein Highlight mit über 400 Gästen waren zwei Veranstaltungen mit **Peer Steinbrück** im Februar in Eutin und Grömitz, wo die enorme Resonanz zeigte, wie viel Verunsicherung – nicht zuletzt angesichts der

verfehlten Informationspolitik von Schwarz-Gelb zum Thema „Euro“ – in der Bevölkerung herrscht.

Spätestens 2011 muss allen klar geworden sein, dass die Politik wieder die Federführung übernehmen muss. Die Aussage der **Bundeskanzlerin** im September ist hingegen entlarvend: „... **und insofern werden wir Wege finden, wie die parlamentarische Mitbestimmung so gestaltet wird, dass sie trotzdem auch marktkonform ist.**“ **Sigmar Gabriel** hat am 5.12. auf dem SPD-Bundesparteitag in Berlin die passende Antwort gegeben: „**Wir wollen keine marktkonforme Demokratie [...] sondern einen demokratiekonformen Markt!**“

Weil diese europapolitische Vernunft aber Schwarz-Gelb noch nicht erreicht hat, wird der EU-Gipfel vom 9.12. schnell wieder verpuffen. Den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) jetzt doch auf Juni 2012 vorzuziehen, wie es die SPD bereits Anfang Oktober im Bundestag unter dem scheinheiligen Protest der Koalition forderte, ist zwar ein richtiger Schritt, es zeigt aber, wie planlos Schwarz-Gelb voraneilt: Jetzt ist nämlich – kurz nach der Verabschiedung des Bundeshaushaltes 2012 – schon klar, dass ein Nachtragshaushalt 2012 mit mindestens 8,6 Mrd. € vorgelegt werden muss.

Und: Während CDU/CSU und FDP in Europa Wasser predigen und von Schuldenbremse und hammerharten Sparpaketen reden, trinken sie in Berlin Wein und beschließen allen Ernstes auf FDP-Wunsch Steuersenkungen auf Pump und eine milliardenschwere „CSU-Herdprämie“ ab 2013. Die Berliner Koalition agiert ohne „roten Faden“ - orientierungslos wie eine Selbstfindungsgruppe - ,während Europa strauchelt und die Krisenlösung wegen dieses Hin und Her immer teurer wird – nur die Spekulanten freuen sich und machen weiter ihre Geschäfte!

Besonders bitter: Trotz Kürzungen, brummender Konjunktur und üppig sprudelnder Steuer- und Sozialbeitragsquellen verabschiedete Schwarz-Gelb den **Bundeshaushalt 2012** mit einer **Nettokreditaufnahme von über 26 Mrd. €** - obwohl der Haushalt 2011 mit einer Neuverschuldung von unter 20 Mrd. € schließen wird ... also werden **2012 MEHR Schulden zu Lasten künftiger Generationen** gemacht statt WENIGER, wie es der Geist der vielbeschworenen Schuldenbremse eigentlich vorsieht – im Juni und November habe ich zu diesem Thema 2011 im Bundestag für die SPD am Rednerpult des Bundestages gestanden. Diese Politik ist - gerade in der aktuellen Krise - nicht nur für unsere Nachbarn in Europa das absolut falsche Signal.

Doch auch im eigenen Land gab es 2011 mehr als genug ‚Baustellen‘ für mich als **Hauptberichterstatterin für das Arbeits- und Sozialministerium im Haushaltsausschuss**: vor allem die dramatischen Auswirkungen des schon 2010 beschlossenen schwarz-gelben ‚Sparpakets‘ mit von Jahr zu Jahr steigenden Konsequenzen für Langzeitarbeitslose und ihre Familien, für Alleinerziehende, Behinderte, junge wie ältere Arbeitsuchende oder Migranten, deren Chancen auf Qualifizierung und faire Arbeit gerade auch in den strukturschwachen Regionen Schleswig-Holsteins durch von der Leyens ‚Kahlschlag‘ drastisch gesunken sind. Mit diesem sogenannten **„Sparpaket“** beschloss Schwarz-Gelb 2010 81,8 Mrd. € (von 2011 bis 2014) „sparen“ zu wollen, wovon **allein 40 Prozent bzw. 30,3 Mrd. € bis 2014 im sozialen Bereich** gekürzt werden - 51,5 Mrd. € sollten angeblich durch die Wirtschaft bzw. Maßnahmen zum Bürokratieabbau erbracht werden. Und heute? Fakt ist: Während die sozialen Kürzungen in voller Höhe durchgesetzt werden, **sind im Bereich Wirtschaft und „schlanker Staat“ bereits nach einem Jahr über 28 Mrd. € an Einsparungen ersatzlos entfallen – Beweis für Klientelpolitik einerseits und eklatante soziale Schieflage andererseits.**

**Allein bei der aktiven Arbeitsmarktpolitik für Langzeitarbeitslose streicht Schwarz-Gelb durch dieses „Sparpaket“ 15 Mrd. € von 2012 bis 2015!** Unter der harmlos klingenden Bezeichnung „Umwandlung von Pflicht- in Ermessensleistungen“ wurde jetzt die **„Instrumentenreform“** Gesetz, mit der diese Kürzungen in den JobCentern umgesetzt werden: das heißt 2012 minus 1,5 Mrd. € – 2013 werden schon 3,5 Mrd. € gekürzt und 2014/2015 vervielfacht sich diese Summe sogar auf je 5 Mrd. € - **da fällt das „Fördern“ weg und es bleibt nur das „Fordern“ übrig.** Zusätzlich wurde schon 2011 das Übergangsgeld für Arbeitslose von ALG I zu ALG II und das Elterngeld für Langzeitarbeitslose ersatzlos gestrichen, ebenso der Heizkostenzuschuss für Wohngeldempfänger und die Rentenversicherungsbeiträge für Langzeitarbeitslose – das ist soziale Kälte pur! Aber nicht nur die Vermittler vor Ort in den JobCentern stehen vor leergefegten Budgets – auch bei der **Bundesagentur für Arbeit (BA)** herrscht zusätzlich Kahlschlag, so dass künftig kaum genug Mittel für wichtige Maßnahmen zum Abbau der Arbeitslosigkeit zur Verfügung stehen werden. Der BA werden 2012 von Schwarz-Gelb bundesweit 3,75 Mrd. € gekürzt – mit ständig steigender Tendenz bis 2015 sogar 7,3 Mrd. € pro Jahr!!! Was heißt das für Schleswig-Holstein? **Allein durch das „Sparpaket“ verliert Schleswig-Holstein von 2012 bis 2015 mehr als 1,1 Mrd. € für die Förderung von Arbeitslosen und ihre Familien** – und auch hier: Tendenz steigend. **Während 2012**

**dieser Kahlschlag „nur“ knapp 191 Mio. € für unser Land beträgt, wird das Minus 2015 auf mehr als 331 Mio. €/Jahr eskalieren.** Als Antwort auf diese massive soziale Schieflage im ganzen Land hat die SPD nur für 2012 solide gegenfinanziert ein Plus von 1,5 Mrd. € für die aktive Arbeitsmarktpolitik beantragt – doch ist damit an CDU/CSU/FDP gescheitert. Das ist eine schwere Hypothek für die kommenden Jahre und eine enorme Herausforderung für die Fallmanager in den JobCentern, wie mir bei Besuchen in zahlreichen persönlichen Gesprächen wie in Eutin oder zuletzt – auf Einladung meines Kollegen Sönke Rix - am 1. November im JobCenter Rendsburg, bestätigt wurde.

Für die **Kommunen** geht es ab 2012 schrittweise bergauf: der Bund entlastet sie gleich zweifach – wie der Vermittlungsausschuss am 25. Februar 2011 auf Initiative der SPD beschloss. Zusammen mit der verfassungskonformen Anpassung der Regelsätze für Langzeitarbeitslose wurde damals nach wochenlangen Verhandlungsrunden von dem Frauen-Duo Schwesig(SPD)/von der Leyen (CDU) ein Kompromiss erreicht, der auch das Bildungspaket für Schulkinder sowie die schrittweise Übernahme der **Grundsicherungskosten im Alter und bei Erwerbsminderung** des Bundes bedeutet: von den derzeit 16 Prozent werden ab 2012 45, ab 2013 75 Prozent und ab 2014 100 Prozent vom Bund übernommen. Dies entlastet die Kommunen 2012 um 1,2 Mrd. €, 2013 um 2,65 Mrd. € und ab 2014 um mindestens 4 Mrd. € pro Jahr – allerdings zu Lasten der Bundesagentur, die auf Dauer einen halben Mehrwertsteuerpunkt verliert. Mit der Hilfe für die Kommunen ist jedoch auch die Hoffnung und Erwartung verknüpft, dass die Städte, Gemeinden und Kreise durch die neuen Spielräume eigene Anstrengungen zu Gunsten der Kindergarten- und Schulkinder und deren besserer sozialer Integration verstärken können. Dies sollte eigentlich auch durch das **Bildungspaket** erreicht werden - doch das großspurig angekündigte Plus bei Bildungschancen für bedürftige Kinder entpuppt sich bei näherem Hinsehen als völlig unzureichend. Die aktuell vorgesehenen 12,50 €/Monat zusätzlich sind für einen angemessenen Bildungs- und Teilhabebedarf zu wenig und gehen an der Realität vorbei. Der Zuschuss für das Mittagessen kommt nur bei denen an, die auch die Möglichkeit haben, an einem Mittagessen in einer Ganztageseinrichtung teilzunehmen - bundesweit bisher nur rund 20 Prozent der Kinder, mehr sind es nur in den östlichen Bundesländern und Städten! Im Zuge des Regelsatzkompromisses hat die SPD immerhin erreicht, dass den Kommunen die tatsächlich entstehenden Kosten für das Bildungs- und Teilhabepaket

erstattet werden. Bei den **Kosten der Unterkunft** wird eine neue Quote zur Finanzierung des Bildungs- und Teilhabepakets eingeführt, von 2011 bis 2013 liegt sie grundsätzlich bei rd. 30 Prozent. Diese Quote wird jährlich an die tatsächlichen kommunalen Aufwendungen angepasst, zum ersten Mal wird 2013 Bilanz gezogen.

Ein Thema hätte für die schwarz-gelbe Koalition dieses Jahr eigentlich ganz oben stehen müssen, schließlich hatte Gesundheitsminister Rösler 2011 zum „**Jahr der Pflege**“ ausgerufen. Nur zu merken war davon nichts. Aktuell sind rd. 2,3 Mio. Menschen pflegebedürftig - für 2030 werden schon 3,4 Mio. prognostiziert. Seit 1995 mussten die Leistungsausgaben in der Pflege von 4,42 Mrd. auf 20,43 Mrd. Euro 2010 erhöht werden! Doch die bestehenden Probleme – fehlende ambulante Betreuungsstrukturen, Entlastungen für Angehörige, Hilfe für Demenzkranke, Arbeitsbedingungen der Pflegekräfte, Fachkräftemangel, Finanzierung etc. – sind 2011 nicht ansatzweise gelöst worden - die angekündigte Pflegereform fiel dem permanenten Koalitionsstreit zum Opfer. Ich selbst habe im Rahmen der „**Praxistage**“ Anfang März 2011 mein mittlerweile 6. Pflegepraktikum - diesmal im AWO-Pflegeheim Lensahn - absolviert und neben dem anstrengenden Arbeitsalltag der Pflegekräfte v.a. die Herausforderungen bei der Betreuung Demenzkranker besser kennen gelernt. Es ist ein Alarmsignal, dass Fachkräfte im Schnitt nach acht Jahren aus ihrem Beruf aussteigen, denn der **Fachkräftemangel** ist **längst bedrohlich**, nicht zuletzt bei uns am Gesundheitsstandort Ostholstein! Dabei hängt eine gute Pflege wesentlich von qualifizierten und motivierten Pflegekräften ab - sie brauchen eine angemessene Bezahlung, qualifizierte Aus- und Weiterbildung und mehr gesellschaftliche Wertschätzung, damit **Pflege** das **Prädikat „menschenwürdig“** verdienen kann. Dies wurde auch bei einer Abendveranstaltung im Rahmen der Pflagetage am 2. März mit Birte Pauls, MdL, und der Fachreferentin Altenpflege der AWO Schleswig-Holstein, Anke Buhl, mehr als deutlich. Doch diese Solidarität hat Schwarz/Gelb nun aufgekündigt.

Seit 1. Januar 2011 wurde der Arbeitgeberanteil an der Finanzierung der **Krankenversicherungsbeiträge** eingefroren – drastische Kostensteigerungen im Gesundheitswesen der kommenden Jahre müssen die Beschäftigten nun allein schultern. Durch Beitragserhöhungen und ausufernde Zusatzbeiträge werden gerade kleine und mittlere Einkommen, Familien und Rentner einseitig belastet – und letztlich vom medizinischen Fortschritt abgehängt. Daher haben wir in der SPD im April unser Konzept für eine **Bürgerversicherung** mit einer solidarischen und nachhaltigen

Finanzierung vorgestellt, damit auch in Zukunft sicher gestellt ist, dass alle Menschen angemessen therapiert werden und Zugang zu modernen Behandlungsmethoden haben. Dies habe ich u.a. in zwei Veranstaltungen mit unserer ehemaligen Gesundheitsministerin **Ulla Schmidt** im Mai in meinem „Betreuungswahlkreis“ Dithmarschen in Heide und im Oktober in Bad Schwartau unter der Überschrift „**Wird Gesundheit zum Luxus? Wird Krankheit Privatsache?**“ deutlich über 100 Besuchern vorgestellt. Aus den Beiträgen des Publikums klang auch hier wieder die große Verunsicherung der vielen engagierten Beschäftigten am Gesundheitsstandort Schleswig-Holstein heraus, dass sie mit ihrer Arbeitskraft und ihrem Anspruch auf menschenwürdige Versorgung „auf der Strecke bleiben“ – Thema auch beim „Runden Tisch“ mit Ulla Schmidt und den Betriebsräten von 12 kommunalen Kliniken in Heide .

Ein weiteres zentrales Thema meiner Besuchstour mit Ulla Schmidt im Mai an Schleswig-Holsteins Westküste war die Zukunft der **Mutter/Vater-Kind-Kuren**. In verschiedenen Kurheimen in Büsum, auf Föhr und in Keitum/Sylt diskutierten wir mit Mitarbeitern, Wohlfahrtsverbänden und betroffenen Müttern die restriktive Bewilligungspraxis der Krankenkassen. Denn obwohl mit der Gesundheitsreform 2007 diese Kuren auf Initiative der SPD und Ulla Schmidt endlich zur Pflichtleistung der gesetzlichen Krankenkassen wurden und es seitdem einen **Rechtsanspruch** der Familien darauf gibt, sind die Zahlen der bewilligten Kuren seit 2009 dramatisch rückläufig. Daher hat die SPD auf meine Initiative hin im Sommer und erneut in den Haushaltsberatungen für 2012 im Bundestag beantragt, die verheerenden Erkenntnisse des **Bundesrechnungshofsberichts** vom Juni 2011 endlich ernst zu nehmen, seine Forderungen 1:1 umzusetzen und dem rechtswidrigen Treiben der Kassen noch in diesem Jahr durch gesetzliche Klarstellungen endlich das Handwerk zu legen. Leider sind wir trotz aller Lippenbekenntnisse wiederholt am Widerstand von CDU/CSU und FDP gescheitert – das ist auch besonders bitter für unsere vielen guten Kureinrichtungen an der Küste Ostholsteins von Fehmarn bis Niendorf, die teilweise deswegen in wirtschaftlich schwierigster Situation sind.

Mein Fazit: Gesundheit und Pflege sowie deren auskömmliche, solidarische Finanzierung durch die Bürgerversicherung – dies sind die politischen Megathemen in Gegenwart und Zukunft!

Mehr als elf Jahre ist es her, dass die damalige rot-grüne Bundesregierung gemeinsam mit den Energieversorgern den **Atomausstieg** bis 2021 im Konsens auf den Weg

brachte und vertraglich absicherte. Doch die Energiemultis erhielten mit der von Schwarz-Gelb im Herbst 2010 mit der Aufkündigung des Atomkonsenses und der gesetzlich fixierten Verlängerung der Laufzeiten für alle Atomkraftwerke die Steilvorlage, um jetzt - **nach Fukushima und einer erneuten schwarz-gelben Rückwärtsrolle in der Atompolitik** – eilig erfolgreich milliardenschwere Klagen auf „Regreß“ anzustreben. Es ist unfassbar, was CDU/CSU und FDP mit ihrer eindeutigen Klientelpolitik zu Gunsten der vier Energiemonopolisten RWE, E.On, Vattenfall und EnBW und zu Lasten von Steuerzahlern und Stromkunden verzapft haben!

Jetzt schlägt endlich die Stunde der regenerativen Energien: allein in Schleswig-Holstein hat sich die Leistung der auf Ortsnetzebene angeschlossenen Anlagen zur Stromerzeugung zwischen 2005 und 2010 etwa verdreifacht! Doch der **Ausbau der Netze** im 110kV-Bereich wurde durch die in Schleswig-Holstein zuständige E.On seit 2000 blockiert - nicht nur zwischen Göhl und Lübeck. In der „dena Netzstudie I“ wurde 2005 noch ein Neubaubedarf für 380 kV-Trassen von bundesweit 850 km prognostiziert - erst 90 km sind davon bisher umgesetzt, und der Blockadefaktor sind nicht etwa Bürgerinitiativen, sondern die Stromversorger selbst. **99% der unvermeidbaren Abschaltungen finden aber im Verteilernetz - also auf der 110-kV-Ebene - statt.** In Schleswig-Holstein produzieren schon jetzt **über 2.500 Windkraftanlagen fast 40% des gesamten Stromverbrauchs, durch Erdkabel ließe sich diese Zahl drastisch erhöhen. Aber neben E.On ist auch** die für die 380-kV-Ebene zuständige TenneT auf Konfrontationskurs und schließt selbst auf Teilstrecken mit dem vorgeschobenen Verweis auf fehlende Rechtsgrundlagen Erdkabel kategorisch aus. In Niedersachsen hat das Unternehmen im Juli 2011 sogar eine Klage gegen das Land angestrengt, weil es - trotz dort zweifelsfrei vorhandener gesetzlicher Grundlage - statt der vom Land verlangten 28 km auf einer der 4 Trassen nur gut 6 km als Erdkabel bauen will – und das obwohl der Klageweg die angeblich so wertvolle Zeit kostet: ein Beispiel für den Willen zum angeblich ernst-gemeinten, glaubwürdigen Bürger-Dialog? Dass der **Ausbau der erneuerbaren Energien** rasant beschleunigt werden könnte - ein **40-45%-Anteil bundesweit bis 2020** machbar wäre - hat auch Hermann Albers, Präsident des Bundesverbandes Windenergie e.V., deutlich unterstrichen, als er auf Einladung meines Kollegen, des stellv. energiepolitischen Sprechers der SPD, Dirk Becker, und mir am 18. April 2011 in der sehr gut besuchten Veranstaltung in Lensahn zum Thema „Netzausbau – Schlüssel für die Energiewende“ sprach.

Für die **Verkehrsprojekte** in Schleswig-Holstein war 2011 ein Jahr mit Licht- und Schattenseiten. Während sich die Landesregierung offenbar nur auf das Prestigeprojekt Feste Fehmarnbeltquerung konzentrierte, blieb das für den Norden wirtschaftlich wichtigste Thema – der Ausbau und die Sanierung des **Nord-Ostsee-Kanals** (NOK) als „Schlagader“ des Nordens – fast auf der Strecke. Auf 3 SPD-Veranstaltungen in Brunsbüttel, Kiel und Rendsburg, zu denen ich als SPD-Haushälterin mit überwältigender Resonanz einlud, hatten hunderte von Menschen für die Zukunft des vor dem Verkehrskollaps stehenden NOK und die damit verbundenen rd. 7.000 Arbeitsplätze mobilisiert und waren empört, dass Schwarz-Gelb die 270 Mio. €, die die SPD mit Verkehrsminister Tiefensee 2008/2009 mit den Konjunkturpaketen für den dringend erforderlichen Ausbau der 5. Schleusenkammer im Haushalt verankert hatte, für andere Wasserstraßenprojekte „verfrühstückte“. Der **massive politische Druck** an der Küste zeigte Wirkung - das drohende Wahldesaster am 6. Mai 2012 in Schleswig-Holstein wird „hilfreich“ gewesen sein: der Haushaltsausschuss stellt nun aus der 1-Milliarde-Etataufstockung für Verkehrsprojekte in den kommenden Jahren **300 Mio. € für den Neubau der 5. Schleusenkammer in Brunsbüttel** zu Verfügung - immerhin ein erster Schritt in die richtige Richtung. Der Antrag der SPD – solide gegenfinanzierte 800 Mio. € zusätzlich bis 2017 - um das schlüssige Gesamtkonzept für den NOK von 2007 endlich umzusetzen, wurde von Schwarz-Gelb hingegen abgelehnt. Besonders pikant: quasi als „Tischvorlage“ (!) wurde der Haushaltsausschuss am 10. November informiert, dass die Kosten für die **Bahnstrecke Wendlingen-Ulm** (Prestigeprojekt im Zusammenhang mit Stuttgart 21) statt der 928 Mio. €, die im Haushalt standen, jetzt 1,868 Mrd. € - also mehr als das Doppelte (!) – kosten soll. Da reiben wir Nordlichter uns erstaunt die Augen.

Natürlich stand die **Hinterlandanbindung der Beltquerung** für uns in Ostholstein auch 2011 als Thema wieder im Mittelpunkt. Das Dialogforum hat nun seine Arbeit aufgenommen – wir dürfen gespannt sein, was 2012 daraus wird. Grundsätzlich bin ich immer für ein Mehr an Beteiligung aller Betroffenen, wenn es keine Alibiveranstaltung ist, die eigentlich nur den Widerstand brechen und einen „Dialog auf Augenhöhe“ suggerieren soll. In diesem Falle bin ich mehr als skeptisch, denn entscheidend für die Glaubwürdigkeit des Dialogforums ist vor allem, ob auch über das „Ob“ von FBQ und Hinterlandanbindung ergebnisoffen und unter Vorlage aller relevanten Unterlagen mit größtmöglicher Transparenz diskutiert wird oder nur – wie es Herr de Jager befürwortet – über das „Wie“. Das ist nach jetzigem Planungsstand

– das Raumordnungsverfahren wird frühestens Ende 2012 abgeschlossen und dann beginnt erst das Planfeststellungsverfahren mit anschließenden Klageverfahren – entgegen anderer Äußerungen immer noch nicht nur „möglich“, sondern zwingend angezeigt, da mit Art. 22 im Staatsvertrag die Dänen und die Deutschen genau dafür die Vertragsgrundlage geschaffen haben. Solange das Folketing das Baugesetz zur FBQ nicht ratifiziert hat (vermutlich frühestens 2015), kann und muss über die Sinnhaftigkeit und Finanzierbarkeit dieses Mega-Projektes - auch in Dänemark – gestritten werden. Alles andere wäre eben gerade nicht vertragskonform.

Mit Vorlage des **aktuellen Investitionsrahmenplans** ist nun jedenfalls schon mal klar, dass der Bau der Hinterlandanbindung auf deutscher Seite nicht vor 2016 beginnen wird. Das ist nur für die Beltquerungsbefürworter bitter, die ja gebetsmühlenartig noch bis vor kurzem von einem Baubeginn 2013 schwadroniert hatten. Bitter kommt inzwischen jedoch auch bei den Beltquerungsbefürwortern die Erkenntnis an, dass – wie von mir seit Jahren angemahnt – die Hinterlandanbindung so viel Geld „verschlingt“, dass für andere wichtige Verkehrsprojekte in Schleswig-Holstein – wie die A 20, den Nord-Ostsee-Kanal, den Ausbau des Bahnknotens Hamburg (mit S4) und Lübeck - kein Geld vorhanden ist. Wie naiv muss man sein, um angesichts dieser Perspektiven von einem zusätzlichen Sundtunnel zu träumen, der im Staatsvertrag ausdrücklich ausgeschlossen ist? Auch die Kieler Landregierung sollte – trotz Wahlkampf - endlich in der Realität ankommen und den Menschen nicht Dinge in Aussicht stellen, von denen sie genau wissen, dass sie niemals kommen werden, weil die Verkehrsprognosen ja nicht „besser“ geworden sind (die Zugzahlen haben sich vor 1 ½ Jahren quasi „über Nacht“ halbiert)!

Auch in Zukunft werde ich mich für die Belange der von der Querung und Hinterlandanbindung betroffenen Menschen in Ostholstein einsetzen, damit es keine „Billigvariante“ geben wird. Sehr gespannt warte ich derzeit auf den nächsten, von mir im **Rechnungsprüfungsausschuss angeforderten Bericht** des Bundesverkehrsministeriums, der bis Ende 2011 einen Projektablauf bis 2018, eine Risikobewertung des Gleisbaus von Hamburg bis Oldesloe, der Sundbrücke und der Anpassung im Knoten Lübeck vorlegen sowie die Ausbauziele für die Strecke Hamburg-Puttgarden - mit Dänemark abgestimmt – vorlegen soll und darüber berichten soll. Klar muss allen Betroffenen vor Ort aber auch sein: die Realisierung einer sowohl **ökologisch als auch sozial verträglichen Hinterlandanbindung** kommt einer Quadratur des Kreises gleich. Es wird unmöglich sein, die Interessen Aller unter einen Hut zu bekommen, daher müssen vor Ort zunächst tragfähige

Kompromisse gefunden werden, um mit einer starken Stimme im Sinne Ostholsteins auftreten zu können!

Im Oktober gab Verteidigungsminister de Maizière seine **Umstrukturierungspläne für Bundeswehrstandorte** bekannt. Schleswig-Holstein ist mit acht Schließungen und teils drastischen Reduzierungen überproportional betroffen, die insgesamt 26.000 Dienstposten werden auf nur noch 15.300 abgesenkt! Da stellt sich die Frage: wo blieb der Einsatz der Landesregierung, um diese herben Einschnitte für die vom massiven Arbeitsplatzverlust bedrohten Standortkommunen, die betroffenen Soldaten und ihre Familien zu vermeiden? **Positiv für Ostholstein:** alle drei Bundeswehrstandorte - **Eutin, Neustadt und Oldenburg** – **bleiben erhalten**. Gerade die Entscheidung für Eutins Rettberg-Kaserne bedeutet eine verdiente Anerkennung der hervorragenden Leistungen der Soldaten, die über Jahre hinweg einen wesentlichen Beitrag zu den **Auslandseinsätzen in Afghanistan** und Kosovo geleistet haben und ab Januar 2012 mit einem weiteren Kontingent nach Afghanistan gehen. Und ganz offensichtlich hat auch das jahrzehntelang verlässliche Miteinander wie die lebendigen Verbindungen zwischen Kasernen und Zivilgesellschaft mit Politik, Vereinen und Verbänden maßgeblich zum Erhalt beigetragen. Ich selbst pflege diese Verbindung mit regelmäßigen Besuchen in Eutin - zuletzt beim Gelöbnis und Verabschiedungsappell am 8. Dezember 2011 in Lensahn. Eine bittere Nachricht gab es hingegen für Schleswig-Holsteins größten Heeresstandort in Lütjenburg: Die Schill-Kaserne mit ihren 830 Dienstposten wird geschlossen. Auch die Kreisstadt Plön wird bei den Dienstposten nahezu halbiert. Nun werden im Kreis Plön an zwei Standorten massiv Arbeitsplätze wegbrechen, verliert der Einzelhandel an Kaufkraft und wird die Bundeswehr im Lütjenburger Raum vielen in Kommunalpolitik, Wirtschaft, Vereinen und Verbänden bitter fehlen.

Schleswig-Holsteins „Erfolgsstory“ **Ecopolicyade**, an der sich mittlerweile bundesweit jedes Jahr über 100.000 Schülerinnen und Schüler aus allen Bundesländern beteiligen, konnte am 1. Juli mit großem Erfolg ihren **3. Bundesentscheid** in Berlin abhalten. Doch die Zukunft des Schülerwettbewerbs, der 2004 von Bad Malente aus seinen Erfolgskurs in Schleswig-Holstein und seit 2009 bundesweit startete, ist akut gefährdet: Ein Kahlschlag von ca. 2,3 Mio. € bei der Bundeszentrale für politische Bildung, die auf meine Initiative hin seit 2008 das Projekt mit jährlich 200.000 € fördert, wird wohl 2012 das Aus für die Ecopolicyade bedeuten – ein fatales Signal für

die engagierten Schüler und ihre Lehrer! Der SPD-Antrag im Haushaltsausschuss für ein Plus der Mittel für die Bildungsarbeit um 3,5 Mio. € für 2012, wovon 200.000 € ausdrücklich zweckgebunden für die „Ecopolicyade“ verwendet werden sollten, wurde leider von Schwarz-Gelb abgelehnt. Das Bundesinnenministerium antwortete mir am 20.12. schriftlich lapidar: „.... bestehen leider unverändert keine Möglichkeiten, das Projekt über das laufende Haushaltsjahr hinaus zu fördern.“

Vom 11.-13. August habe ich gemeinsam mit meiner SPD-Bundestagskollegin und **„Chef“-Haushälterin Petra Merkel** ein umfangreiches **Besuchsprogramm in Ostholstein** absolviert. Gemeinsam mit ihr in ihrer Funktion als Haushälterin für Kultur hatte ich mich in den vergangenen Jahren erfolgreich für die **Förderung wichtiger Kulturgüter** bei uns im Norden eingesetzt – nun konnten wir uns gemeinsam davon überzeugen, dass jeder Euro gut angelegt ist: das gilt für die mit 85.000 € vom Bund geförderte KZ-Gedenkstätte Ahrensböök ebenso wie für die Sanierung der **Ratekauer Feldsteinkirche**, die im Frühsommer 2009 durch Beschluss des Haushaltsausschusses - als einziges Projekt in Schleswig-Holstein überhaupt - insgesamt **800.000 € aus dem Gebäudesanierungsprogramm** des Konjunkturpaketes II und damit „auf einen Schlag“ Zweidrittel der notwendigen Investitionskosten von 1,2 Mio. € vom Bund erhalten hatte. Ein besonderes Highlight war die Besichtigung gemeinsam mit Torsten Albig und dem Architekten Herrn Ewers kurz vor der am letzten Augustwochenende stattfindenden **feierlichen Wiedereröffnung der Kirche**. Unsere Besuch im **Eutiner Schloss und im Oldenburger Wallmuseum** sollen hoffentlich eine künftige Förderung vorbereiten; das **Lübecker Buddenbrook-Haus** - unser letzter Besuchstermin – wurde 2011 mit 300.000 € gefördert.

Abseits von aller Bundespolitik stand für mich als **stellvertretende SPD-Landesvorsitzende** dieses Jahr natürlich ganz wesentlich im Zeichen des **Mitgliederentscheids**, bei dem 70 Prozent unserer knapp 20.000 SPD-Mitglieder Torsten Albig zu unserem Spitzenkandidaten für die kommende Landtagswahl gewählt haben. Seit Oktober 2010 hat mich dieser Mitgliederentscheid mit den insgesamt 16 Kandidatenrunden im ganzen Land „in Atem gehalten“, weil ich dafür als im Landesvorstand hauptverantwortlich war. Diese Veranstaltungsreihe war eine absolute „Erfolgsstory“, mit der sich unsere Partei offen und transparent dargestellt und eine enorme Mobilisierungswirkung gezeigt hat - über 5.000 Mitglieder und ca.

20 % Gäste sind zu den Veranstaltungen gekommen, haben den vier Bewerbern konstruktiv-kritisch „auf den Zahn gefühlt“ und bewiesen: Politik kann spannend und informativ sein, wir als SPD haben unsere Lektion in Sachen „Bürgerbeteiligung“ gelernt! Jetzt muss es darum gehen, gemeinsam mit den SPD-Kandidaten für starke SPD-Ergebnisse in allen Wahlkreisen zu kämpfen, damit wir am 6. Mai 2012 möglichst viele Direktmandate erringen und eine starke rot-grüne Regierung in Kiel bilden können, die eine neue Bildungsoffensive startet, die Energiewende in Schleswig-Holstein mutig voranbringt und Ernst macht mit echter Bürgerbeteiligung im Land. 2012 wartet viel Arbeit für die Bürgerinnen und Bürger auf mich und die SPD in Bund und Land – nach hoffentlich frohen und besinnlichen Weihnachtsfeiertagen und einem guten Start ins neue Jahr geht's los!

*Bettina Hagedorn*